

Programm der Wählergemeinschaft

SOZIALES ESCHWEILER

Klimaschutz, Toleranz und Gleichberechtigung

SO! ESCHWEILER

Beschlossen am 09.11.2023

Bestätigt durch die Gründungsversammlung am 20.11.2023



I. Einleitung

In der Wählergemeinschaft SOZIALES ESCHWEILER - KLIMA, TOLERANZ UND GLEICHBERECHTIGUNG / SO! ESCHWEILER finden sich Menschen zusammen, denen die Entwicklung der Stadt Eschweiler am Herzen liegt und die Kommunalpolitik aktiv mitgestalten wollen.

Wir bekennen uns als DemokratInnen, die den Klimawandel als Bedrohung für die gesamte Menschheit und unseren Planeten ansehen und Klimaschutz und Klimaanpassung als gesellschaftliche und zentrale politische Aufgabe definieren.

Wir gründen uns zu einem Zeitpunkt, an dem Klima-Kipppunkte bereits überschritten sind und Experten das 1,5° C - Erwärmungsziel des Pariser Klimaabkommens von 2015 als nicht mehr erreichbar ansehen. Eine über 10.000 Jahre andauernde Klimastabilität ist durch den menschengemachten Klimawandel durchbrochen.

Wir haben verstanden: Es gibt keine Zeit mehr für Absichtserklärungen, wir müssen jetzt handeln, global, national wie kommunal.

Wir bekennen uns zudem als antifaschistisch, gesellschaftsoffen und tolerant gegenüber allen Menschen und definieren alle Menschen als gleich und gleichberechtigt in unserer Gesellschaft, unabhängig von ihren Geschlechtern, sexuellen Orientierungen, ihren Religionen, ihren sozialen Herkünften, ihrer Bildung, ihrem Alter oder ihren körperlichen wie geistigen Beeinträchtigungen.

Wir lehnen eine Politik ab, die immer weiter Warnungen von Wissenschaftlern ignoriert oder notwendige Entscheidungen verschleppt.

Wir lehnen eine Politik ab, durch die immer noch Viele aufgrund unveränderlicher persönlicher Merkmale wie Geschlecht oder Herkunft keinen Zugang zu Bildung, Arbeit oder gesellschaftlicher Teilhabe finden.

Wir lehnen eine Politik ab, die das Wirtschaftssystem Kapitalismus mit Demokratie gleichsetzt. Der immer größer werdende Abstand zwischen Einkommen und Vermögen in den verschiedenen Schichten unserer Gesellschaft zeigt deutlich: Eine Politik, die sich nur an Wirtschaftsinteressen orientiert, spaltet die Gesellschaft und fördert den Reichtum Weniger auf Kosten der Allgemeinheit.

Wir fordern eine Abkehr vom überholten Wohlstandsversprechen des Wirtschaftswachstums. Freies Handeln und Wirtschaften müssen immer auch Klima und Gesellschaft dienen. Die soziale Marktwirtschaft muss wieder als solche erkennbar werden.

Wir lehnen eine Politik ab, die sehenden Auges das Erstarken eines rechten, nationalistischen Gedankenguts relativiert, akzeptiert oder gar fördert.

Wir wollen in einer Stadt Eschweiler leben, in der Toleranz und Respekt im Mittelpunkt steht. Hass und Ausgrenzung lehnen wir ab.

Auch deshalb definieren wir uns als unmissverständlichen Gegenpol zu rechten politischen Gruppen und Parteien wie der AfD. Wir erkennen die erstarkenden populistischen, nazistischen und ausländerfeindlichen Strömungen in unserer Stadt und werden den von ihnen verbreiteten Irrtümern und Falschinformationen entschlossen entgegentreten.

Wir laden alle Menschen ein, mit uns gemeinsam an der Umsetzung einer aktiven, konsequenten Klima- und Gesellschaftspolitik und ihren Wechselwirkungen zu arbeiten.

Für unsere Stadt Eschweiler haben wir das Ziel, in allen lokalen politischen Gremien mitzuwirken und dabei konsequent jede Entscheidung mit unseren Grundsätzen Klimaschutz, Toleranz und Gleichberechtigung in Einklang zu bringen.

Hierfür werden wir immer wieder Entscheidungen hinterfragen, Alternativen aufzeigen und für eine Politik werben, die die dringende Handlungsnotwendigkeit in Klima- und Gesellschaftspolitik in den Mittelpunkt stellt.

Außerdem wollen wir den politischen Stillstand in der Stadt überwinden, der sich auch dadurch kennzeichnet, dass wirklich nachhaltige Entscheidungen durch die Verwaltung der Stadt Eschweiler nicht umgesetzt oder sogar verhindert werden.

Nach unserem Verständnis genügt es nicht, sich für kleinteilige Entscheidungen zur Nachhaltigkeit zertifizieren und loben zu lassen und immer wieder nur wertlose Lippenbekenntnisse dazu abzugeben, ohne die Strukturen dafür zu schaffen.

Wir wollen die Verwaltung daher bei eben den Vorhaben unterstützen, die echte Verbesserungen für das Klima und das Zusammenleben in unserer Stadt bringen. Dabei nehmen wir alle Stadtteile und das Zentrum der Stadt gleichermaßen in den Blick.

Das krampfhaftes Festhalten am Status Quo, welche die seit Jahrzehnten mehrheitsbildenden Parteien in Eschweiler betreiben, trägt nach unserer Auffassung einer positiven Entwicklung der Stadt Eschweiler nicht ausreichend Rechnung.

Die politische Kultur im Rat der Stadt Eschweiler zeichnet sich durch einen Mangel an konstruktiven politischen Auseinandersetzungen und mutigen Entscheidungen aus. Auch dadurch entsteht bei den BürgerInnen der nachvollziehbare Eindruck, dass hier lediglich Politik inszeniert und ritualisiert wird und unbequeme Wahrheiten auf der Strecke bleiben.

Wir sind der Auffassung, dass auch deshalb die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, die mit unseren Zielen, sei es auch nur punktuell, übereinstimmen, ein größerer Platz eingeräumt werden muss.

Wir wollen uns von der finanziellen Unterstützung und Bevorzugung parteinaher Organisationen lösen. Wir fordern, dass die wenigen frei verfügbaren finanziellen Mittel allen BürgerInnen gleichermaßen zugutekommen müssen. Dies gilt erst recht in Zeiten, in denen die finanziellen Ressourcen der Kommunen sehr eng bemessen sind. Perspektivlose Förderprojekte - nur um der Förderung Willen - lehnen wir ab.

II. Grundsätze politischen Handelns

Wir treten als Wählergemeinschaft in den politisch aktiven Raum. Als Wählergemeinschaft beanspruchen wir nicht den Status einer politischen Partei, da unser Tätigkeitsfeld ausschließlich die lokale, kommunale Politik ist und wir frei von einem ideologischen Überbau und Parteistrukturen arbeiten können. Als Wählergemeinschaft können wir nur zu kommunalen Wahlen antreten, nicht aber zu Landes-, Bundes- oder Europawahlen. Unser politischer Fokus liegt ausschließlich auf der Stadt Eschweiler.

Wir erarbeiten in gemeinsamer Diskussion basisdemokratisch Ideen, programmatische Lösungen und Initiativen. Die politische Wissens- und Willensbildung erfolgt im gemeinsamen Gespräch.

Wir lehnen jede Form der strukturierten Bevormundung als Gegenteil von Toleranz und Gleichberechtigung ab. Dazu gehört die Einschränkung eines Rederechts auf Mitglieder- oder Fraktionsebene ebenso wie der Fraktionszwang bei politischen Abstimmungen in Rat und Ausschüssen.

Uns ist bewusst, dass unser Anspruch auf die Priorisierung von Klima- und Gesellschaftspolitik und eine Ablehnung eines Fraktionszwangs eine Kooperation mit anderen Parteien erschwert. Wir bringen aber auch dadurch die Unmissverständlichkeit und absolute Notwendigkeit unseres politischen Handelns zum Ausdruck.

Wir suchen die Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern und werden keiner Diskussion aus dem Wege gehen. Gleichwohl wollen wir auch nicht über jedes Stöckchen springen, das man uns vorhält.

Soweit in kommunalen Gremien Entscheidungen und Beschlüsse anstehen, die von anderen Parteien und Fraktionen initiiert werden und die sich mit unseren politischen Zielen decken, werden wir uns Kompromissen und einem entsprechenden Stimmverhalten nicht verschließen. Wir werden aber genau darauf achten, dass es dann auch zu einer zeitnahen Umsetzung kommt und es nicht bei Absichtserklärungen bleibt.

Uns ist bewusst, dass die Stadt Eschweiler nicht im rechtsfreien Raum agiert und einer Behördenhierarchie unterworfen ist. So ist ein beträchtlicher Teil der Aufgaben als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahrzunehmen. Ferner erkennen wir an, dass die kommunale Selbstverwaltung auch immer in einem geografisch größeren Planungsrahmen zu gestalten ist, wie es beim Thema Strukturwandel deutlich wird.

Dies werden wir bei unserer politischen Arbeit im Blick behalten und keine populistischen „Schaufensteranträge“ stellen, deren Umsetzung wegen rechtlicher oder tatsächlicher Hürden auf kommunaler Ebene nicht möglich ist. Wir lassen uns andererseits nicht mit Totschlag-Argumenten von unseren Zielen abbringen, nach dem Motto: Das war schon immer so und das haben wir immer schon so gemacht und das kann man nicht ändern.

Eine Zusammenarbeit mit der AfD oder auch mit anderen politischen Parteien und Gruppierungen, die unseren politischen Leitlinien diametral entgegenstehen, schließen wir kategorisch aus, in welcher Form auch immer.

Wir handeln frei von finanziellen Interessen. Alle Mandatsträger bringen unserer Satzung entsprechend ihre erhaltenen Aufwandsentschädigungen zu zwei Dritteln in die Vereinskasse ein, davon werden 50 % lokalen Institutionen oder Organisationen gespendet, die sich zu einem oder mehreren unserer Grundsätzen des lokalen Klimaschutz, der Toleranz oder Gleichberechtigung bekennen.

III. Klima

Kommunaler Klimaschutz

„Um das nationale Klimaziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 zu erreichen, müssen ambitionierte Klimaschutzaktivitäten auf allen Ebenen sinnvoll ineinandergreifen. Besonders die Städte, Gemeinden und Landkreise nehmen hier eine Schlüsselrolle ein. Sie sind die Begegnungsorte und Bezugspunkte für Bürgerinnen und Bürger, die lokale Wirtschaft, kulturelle und soziale Vereine und weitere Organisationen.“

Vorwort Praxisleitfaden „Klimaschutz in Kommunen“, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH 2023

Das Potential für Einsparungen bei der Emission von Treibhausgasen (THG) auf kommunaler Ebene liegt bei rund einem Drittel ihres Gesamtausstoßes - rund 100 Millionen Tonnen, bezogen auf das Jahr 2019. Diese Menge entspricht dabei etwa einem Siebtel der gesamten bundesweiten Emissionen.

Im Jahr 2022 sind in Deutschland die THG-Emissionen insgesamt leicht zurück gegangen, die Zielwerte des Bundesklimagesetzes in den wichtigen Sektoren Gebäude und Verkehr allerdings zum dritten Mal in Folge verfehlt worden. Die Zielwerte dieser beiden Sektoren können maßgeblich von kommunaler Seite positiv beeinflusst werden.

Niemand darf sich mehr angesichts der katastrophalen Situation der weltweiten Klimakrise hinter der Ausrede verstecken, man könne ja alleine oder eben kommunal vor Ort nichts für das Klima tun. Das europäische und nationale Ziel einer Treibhausgasneutralität bedarf der Anstrengung von uns allen.

Die Bundesregierung hat das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral in Deutschland zu leben und zu wirtschaften. Die EU-Langzeitstrategie „A clean planet for all“ sieht hierfür das Jahr 2050 vor.

Aus unserer Sicht sind diese Ziele viel zu weit in die Zukunft geplant. Wir fordern daher sofortige, nachhaltige und sichtbare Maßnahmen für einen aktiven Klimaschutz. Und wir fangen vor der eigenen Haustüre an und nehmen dabei den kommunalen Klimaschutz in den Blick: Was muss, was kann und was sollte unsere Stadt Eschweiler für den Schutz unseres Klimas leisten?

Aktueller Stand / Status Quo

Die Stadt Eschweiler ist in verschiedenen Initiativen und Konzepten eingebunden. Exemplarisch genannt seien das Interkommunale Klimaschutzkonzept (IKSK) ⁽¹⁾, das Eschweiler Klimaschutzteilkonzept Mobilität (ESKLIMO) ⁽²⁾, die Mitgliedschaft im Klima-Bündnis ⁽³⁾ oder die Absichtserklärung, Klimaschutz künftig stärker zu berücksichtigen, im Projekt Entwicklung städteregionaler Klimaanpassungsprozesse (ESKAPE) ⁽⁴⁾. Unsere Stadt ist an vielen Stellen aktiv, unternimmt aber insgesamt zu wenig an konkreten und vor allem sichtbaren Maßnahmen.

Sie richtet sich mit dem Thema Klimaschutz nur halbherzig an die Öffentlichkeit - weder als Berichterstatter über das eigene Handeln, etwa über die eigene Homepage, vor allem aber verfehlt sie ihre Rolle als vorbildgebende Motivatorin der BürgerInnen unserer Stadt.

Wir stellen fest, dass ein Verständnis für die unabänderliche Wichtigkeit des Klimaschutzes seitens der Verwaltung nicht ausreichend öffentlich dargestellt und umgesetzt wird. An vielen Stellen treffen langfristige Planungsinstrumente auf Absichtserklärungen.

Wir unterstützen ausdrücklich das im Klimakonzept „IKSK für Eschweiler“ aufgeführte Maßnahmenprogramm. Hierin wurden bereits im Jahr 2014 über 40 Handlungsweisungen aufgeführt, viele finden sich in unseren Forderungen zum Klimaschutz wieder.

Klimaschutz ist leider auch in Eschweiler immer noch ein Thema für große Reden und wenige Taten. Wir wollen und müssen diese Einstellung ändern. Wir wollen die Stadtverwaltung bei der Umsetzung der Maßnahmen der Klimakonzepte unterstützen. Wir wollen aber ebenso die Umsetzung dieser Maßnahmen forcieren und Stillstand vermeiden, indem wir auf Einzelmaßnahmen aufbauend weitere Entwicklungsmöglichkeiten vorschlagen und entsprechende Anträge stellen.

Die Stadtverwaltung muss zudem sehr viel stärker als Motivatorin für mehr aktiven Klimaschutz auftreten. Wir wollen transparent über die erreichten Ziele und die anstehenden Aufgaben informieren, Möglichkeiten aufzeigen und die BürgerInnen Eschweilers an der Umsetzung von aktivem Klimaschutz beteiligen.

Wir fordern von der Verwaltung die Bereitschaft, Klimaschutz und Klimaanpassung zum Top-Thema für ihr Denken, Verstehen, Planen und Handeln zu machen. Wir brauchen mehr Geschwindigkeit, mehr Aktion. Wir fordern:

1. Ausrufen des Klimanotstands
Die Stadt Aachen und der Kreis Düren haben dies bereits 2019 umgesetzt.
2. Schaffen eines eigenen Ausschusses „Klima-, Umwelt- und Naturschutz“ zur Beratung aller Planungs- und Bauvorhaben und derer Vorlagen unter Klimaschutzaspekten
3. Selbstverpflichtung zur Erhöhung der CO₂-Reduktionsrate von 10 % alle 10 Jahre auf 30 % alle 10 Jahre
4. Beschleunigen der Ausführung der Maßnahmenprogramme der bestehenden Klimaschutzkonzepte

Bündnisse und Partnerschaften

Bündnisse, Initiativen und Partnerschaften mit anderen Kommunen und Organisationen helfen bei Aufbau von Wissen und Motivation. Klimaschutz bedarf der nationalen und internationalen, kontinentalen und weltweiten Vernetzung.

Wir fordern ein stärkeres Engagement in nationalen und internationalen Klimabündnissen, wie dem Bündnis Climate Chance / NAZCA ⁽⁵⁾ und dem Covenant of Mayors für Climate & Energy Europe ⁽⁶⁾.

Klimakrise konkret ansprechen

Jahrzehntelang sprach man bei der Beschreibung der Klimaveränderung von einem Klimawandel, einem eher verharmlosendem Begriff, der eine erdzeitgeschichtliche

Veränderungen im Klima suggeriert und in nur geringem Maß eine Handlungsnotwendigkeit verdeutlicht. In den letzten Jahren - auch durch den Einfluss von Organisationen wie Fridays for Future oder Letzte Generation - haben sich daher auch Begriffe wie Klimakatastrophe oder Klimakrise in unserem Sprachgebrauch verankert, die deutlicher auf die dramatische Entwicklung hinweisen, dass die definierten Klimaschutzziele nicht erreicht werden und die Erwärmung unseres Planeten voranschreitet.

Die richtige Sprache zu verwenden ist wichtig, um Verständnis und Akzeptanz zu schaffen. Wir fordern, dass Verwaltung und Politik auf die Verwendung des Wortes „Klimawandel“ verzichten und es durch „Klimakrise“ ersetzen.

Klimaanpassung

Noch relativ selten im öffentlichen Sprachgebrauch ist der Begriff Klimaanpassung. Dieser verdeutlicht, dass es keine Alternativen mehr dazu gibt, sich bereits heute auf die Klimakrise einzustellen und auf noch gravierendere Folgen der Klimaerwärmung in naher Zukunft vorbereitet zu sein.

Die Flutkatastrophe im Juli 2021 hat uns in Eschweiler gezeigt, wie verheerend und zerstörerisch Wetterextreme sind. Die Wissenschaft hat den direkten Zusammenhang zwischen Klimakrise und Extremwettern herausgestellt und warnt davor, dass solche Ereignisse mit ansteigender globaler Durchschnittstemperatur häufiger möglich werden ⁽⁷⁾.

Wir fordern im Rahmen der Klimaanpassung eine deutliche Intensivierung der Maßnahmen. Anstatt immer neue Absichtserklärungen zu definieren, fordern wir von der Stadt Eschweiler eine Akzeptanz ihrer Verantwortung und ihrer Vorbildfunktion als kommunaler Verwaltung gegenüber den BürgerInnen unserer Stadt. Wir fordern:

Klimaanpassung Bauen

1. Stopp der Bodenversiegelung durch neue EFH-Siedlungen oder Gewerbegebiete und Rückbau bestehender Bodenversiegelung
2. Erstellen einer Übersicht aller bebaubarer städtischer Grundstücke
3. Vorhandenen Flächenbestand durch Bauen in die Höhe nutzen und vorhandenen, leerstehenden Wohnraum konsequent nutzen
4. Alle Bauwerke im kommunalen Bestand energetisch sanieren und mit Photovoltaik sowie Solarthermie nachrüsten
5. Ausbau und Verlängerung der Förderung privater Balkonkraftwerke
6. Flächendefinition für neue Windenergieanlagen / Solarparks

Klimaanpassung Natur

1. Möglichst vollständige Renaturierung der Inde
2. Erweiterung von Versickerungsflächen

3. Brach- und Wiesenflächen mit verbrieftem Schutz vor Bebauung

Die Politik muss die Themen „Klimaschutz“ und „Klimaanpassung“ endlich in den Mittelpunkt stellen. Die Stadtverwaltung muss die Öffentlichkeit vor allem durch niederschwellige Veröffentlichungen, Informationsveranstaltungen und Diskussionsformate in die Entwicklung einbeziehen.

Monitoring

Eschweiler muss eine Vorreiterrolle im kommunalen Klimaschutz einnehmen, die Eschweiler BürgerInnen müssen auf diesem Weg unterstützt werden und ihn mit beeinflussen können.

Um das bereits Erreichte auf dem Weg zur THG-Neutralität aufzuzeigen, vor allem aber um die BürgerInnen und Projektträger für Fördermaßnahmen von der eigenen Bereitschaft und Leistungsfähigkeit zu überzeugen, wird ein wirkungsvolles, transparentes Monitoring der ausgestoßenen THG benötigt. Die Bilanzierungssystematik kommunal (BISKO) ⁽⁸⁾ ist hierfür ein geeignetes Instrument und wird von der Verwaltung bereits genutzt.

Wir fordern daher als Maßnahme zur Kontrolle aber auch zur Vertrauensbildung und Information für alle Menschen in Eschweiler:

1. Öffentliche Dokumentation einer jährlichen THG-Emissions-Statistik und deren Darstellung auf niederschwelligem Niveau
2. Öffentliche Dokumentation einer jährlichen THG-Emissionen der Abfallwirtschaft, Abwasserwirtschaft und Landwirtschaft und deren Darstellung auf niederschwelligem Niveau

Quellen

⁽¹⁾ https://www.staedteregion-aachen.de/fileadmin/user_upload/A_70/A70.5_Klimaschutz/70.5_Dateien/Kommunale_Klimaschutzkonzepte/IKSK_Eschweiler.pdf

⁽²⁾ <https://www.eschweiler.de/leben-wohnen/mobilitaet-verkehr/esklimo.pdf?cid=2gp>

⁽³⁾ <https://www.klimabuendnis.org/home.html>

⁽⁴⁾ <https://www.staedteregion-aachen.de/de/navigation/aemter/mobilitaet-und-klimaschutz-s-64/klimaschutz/individuelle-anpassung/eskape>

⁽⁵⁾ <https://www.climate-chance.org/en/>

⁽⁶⁾ <https://eu-mayors.ec.europa.eu/en/home>

⁽⁷⁾ <https://www.wwf.de/themen-projekte/klimaschutz/klimapolitik-international/klimaforschung-extremwetter-sind-folgen-des-klimawandels>

⁽⁸⁾ https://www.ifeu.de/fileadmin/uploads/BISKO_Methodenpapier_kurz_ifeu_Nov19.pdf

IV. Mobilität

Der Verkehr ist zu großen Teilen verantwortlich für den Ausstoß von THG, dabei besonders vom Treibhausgas CO₂. Wirksamer Klimaschutz muss den Faktor Verkehr daher einbeziehen. Auf kommunaler Ebene stehen eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Verfügung und werden zum Teil seit Jahren im Rat der Stadt diskutiert - selten aber umgesetzt.

Das Eschweiler Klimaschutzteilkonzept Mobilität (ESKLIMO) aus dem Jahr 2019 beschreibt in einem Best Case - Klimaschuttszenario eine Reduzierung des PKW- und LKW-Verkehrs um 12 % (bezogen auf das Jahr 2017) und eine Steigerung des Anteils des Radverkehrs um 11 % bis zum Jahr 2030.

Wir fordern eine transparente Darstellung, wie weit dieses Konzept bereits umgesetzt ist, was bisher erreicht wurde und wie die offenen Ziele erreicht werden sollen.

Fahrrad

Als direkte Alternative zum individuellen PKW-Verkehr spielt gerade im kommunalen Umfeld das Fahrrad die größte Rolle. Wir wollen die Attraktivität des Fahrradfahrens wesentlich steigern. Alle Strecken im Eschweiler Stadtgebiet sind mit einem Fahrrad gut zu erreichen.

Wir sind überzeugt, dass innerstädtisches Fahrradfahren nicht nur klimafreundlich ist, die Nutzung des Fahrrads in unserer Stadt aber schneller, sicherer und stressfreier werden muss. Das Bewusstsein, einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, muss verankert werden. Um die Attraktivität und Sicherheit des Fahrradverkehrs zu steigern, fordern wir:

1. Straßennutzung nach niederländischem Vorbild realisieren

Vorrang für den Fahrradverkehr oder gleichberechtigte Nutzung der Fahrbahn für Fahrrad und PKW, Fahrradwegenetz ausbauen und verbessern

2. Fahrradrouten farblich als Wegenetz markieren und ausbauen

Farbliche Routenmarkierungen am Straßenrand führen den Fahrradverkehr über sichere und schnelle Wege. Knotenpunkte zeigen optimale Verbindungen zu zentralen Zielen auf.

3. Fahrrad-Servicestationen (CBW-Projekt) entlang der Fahrradrouten bereitstellen

4. Überdachte Fahrrad-Rastplätze entlang der Fahrrad-Routen als Pausenmöglichkeit und Regenschutz aufstellen

5. Akku-Ladestationen und Akku-Ladeschränke zur kostenlosen Nutzung in der Innenstadt bereitstellen

6. Fahrrad-Parkhäuser im Verbund mit dem ÖPNV am Hauptbahnhof, an Euregiobahn-Haltestellen und am Bushof

7. Alle Einbahnstraßen im Stadtgebiet generell für den Fahrradverkehr in beide Richtungen freigeben.
8. Neustraße, Englerthstraße und Uferstraße als Fahrradstraße mit Fahrradstreifen in der Straßenmitte markieren

Verkehr & Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

PKW- und LKW-Verkehr müssen in Eschweiler reduziert werden. Wir stellen nicht die Frage, wie lang der Stau auf innerstädtischen Straßen sein wird, wir wollen die Anzahl der Kraftfahrzeuge insgesamt verringern. Jedes einzelne Auto, das nicht mehr genutzt wird, jede einzelne Fahrt, die nicht mehr angetreten wird, verringert Stau-, Lärm-, Feinstaub- und Stressbelastung und stellt eine persönliche und aktive Teilnahme am Klimaschutz dar. Für die Verringerung des innerstädtischen Individualverkehrs fordern wir daher:

1. Tempo 30 in der gesamten Innenstadt
2. Umgestaltung der Indestraße durch Ausweisung einer Spur als Fahrradroute
3. Autofreie Fußgängerzone durchsetzen, Ladezeiten zweimal täglich verbindlich umsetzen
4. Autofreie Marienstraße, Marienstraße als Wochenmarkt-Standort
5. ÖPNV durch höhere Taktung attraktiver gestalten und im Rahmen eines 1€-Tickets für jeden preislich attraktiv gestalten
6. Kombination des ÖPNV mit Zusatzangeboten wie Dorfbus bzw. Kleinbus in privater Verantwortung (Vorbild: „Sprinti“ Kleinbusse in Hannover⁽¹⁾, „Sherut Sammel-Taxi“ in Israel⁽²⁾)
7. Verbesserung der Aufenthaltsqualität an Bushaltestellen, Bushof und Hauptbahnhof, barrierefreier Zugang zu ÖPNV an allen Haltestellen
8. Digitalisierung des ÖPNV-Fahrplans auf niederschwelligem Niveau
9. Erfassung und Darstellung auf niederschwelligem Niveau der Umsetzung der ESKLIMO - Maßnahmen

Quellen

(1) <https://verkehrsag-hannover.de/Sprinti.html>

(2) <https://www.israelmagazin.de/israel-info/sherut-sammeltaxi>

V. Toleranz

Toleranz bedeutet für uns, eine unvoreingenommene, vorurteilsfreie, offene und emphatische Haltung gegenüber allen Menschen, ihren unterschiedlichen Lebensformen, unterschiedlichen Lebensstilen und persönlichen Entwicklungen, die mit dem Grundgesetz im Einklang stehen.

Leider erleben wir auch in Eschweiler eine Welle der Intoleranz. Diese wird durch soziale Netzwerke befördert, die viel zu häufig nichts anderes sind als Plattformen für Hass und Hetze und die Verbreitung von Lügen und Mythen.

Sie wird leider auch geschürt durch die Aktivitäten bestimmter Parteien und Gruppierungen in Eschweiler, denen jegliche Empathie und Verständnis für ein Klima der Toleranz in Eschweiler fremd sind, weil sie zu bequem sind, sich ernsthaft mit der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu befassen. Das finden wir beschämend und dagegen engagieren wir uns.

Die zunehmende Bereitschaft in unserer Gesellschaft, einzelne Gruppen von Menschen, wie Geflüchtete und Migranten, Obdachlose oder Menschen mit individuellen Lebensstilen zu Sündenböcken zu machen, die für alle Arten von Problemen verantwortlich sein sollen, motiviert uns, über diese falsche Einschätzung aufzuklären und Lügen und Mythen zu diesem Thema zu entlarven.

Wir wenden uns somit gegen jede Form des Ausländerhasses, des Antisemitismus, der Islamphobie, der Homophobie, der Misogynie, des Antiziganismus sowie die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung und werden aktiv gegen alle politischen Versuche angehen, diese Geisteshaltungen gesellschaftsfähig zu machen.

Wir distanzieren uns klar und deutlich von rechtsradikalen und faschistischen Organisationen und Parteien wie der AfD und lehnen jegliche Zusammenarbeit mit diesen ab.

Zudem wollen wir durch Kooperationen mit verschiedenen Organisationen und Trägern beitragen, Geflüchtete und Migranten in unsere städtische Gesellschaft einzubinden.

Wir unterstützen alle Formen der Integration, insbesondere die sprachliche Integration von Zuwandernden ohne dabei den Menschen, die zu uns kommen, eine Leitkultur aufzuzwingen. Wir planen als konkrete Maßnahmen:

1. Besuch von Unterkünften und Wohnheimen und Austausch mit den Bewohnern und Mitarbeitern

Wir wollen erfahren, welche Maßnahmen hilfreich wären, um das Ankommen in unser kommunales Leben zu erleichtern, besonders für Frauen, Kinder und Jugendliche.

2. Schaffung weiterer dezentraler Unterkünfte für Geflüchtete
3. Besuch von Veranstaltungen, die von den vielfältigen Kulturen unserer Stadt veranstaltet werden
4. Austausch mit dem Integrationsrat und zielgerichtete Unterstützung seiner Arbeit

Queere Community / LGBTQ+

Einen besonderen Fokus wollen wir auf die queere Community in Eschweiler richten. Immer mehr Menschen trauen sich endlich, offen mit ihrer Geschlechter- und sexuellen Identität umzugehen. Wir wollen dazu beitragen, dass sich eine lebhaftere und selbstverständlichere queere Community in unserer Stadt weiter entwickeln kann und sehen diese Entwicklung als Bereicherung für unser kommunales Leben. Hierfür planen wir an konkreten Maßnahmen:

1. Definition des Status Quo, hinsichtlich Strukturen und Organisation der queeren Gesellschaft in Eschweiler
2. Austausch mit Schülern, um den Bedarf an Beratungsstellen und Informationsmöglichkeiten in Schulen zu erfahren
3. Initiativen zusammen mit dem Eschweiler Wirtverein oder dem Citymanagement Eschweiler zur Integration und Erhöhung der Sichtbarkeit queerer Menschen
4. Unterstützung des CSD in Eschweiler

In Deutschland herrscht Religionsfreiheit. Wir vertreten die Trennung von Staat und Kirche und dies gilt ganz besonders auf kommunaler Ebene.

Religiöse Ansichten haben keinen Platz in der Kommunalpolitik, die Würde des Menschen und die Grundrechte unserer Verfassung sind für uns unantastbar und der einzige Maßstab für unser politisches Handeln. Selbstverständlich betrachten wir die einzelnen Glaubensgemeinschaften nicht als Gegner unserer Politik, sondern als Partner, deren Interessen berücksichtigt werden müssen.

VI. Gleichberechtigung

Gleichberechtigung bedeutet für uns, dass jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter, Bildung, finanziellen Möglichkeiten sowie körperlichen und geistigen Behinderungen die gleichen Rechte und Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben muss.

Wohnen für alle

Auch in Eschweiler gestaltet sich die Suche nach bezahlbarem Wohnraum für die BürgerInnen häufig schwierig. Die Gründe sind vielfältig, der Trend zur weiteren Verknappung des Wohnungsangebots ist unverkennbar. Wohnraummangel und das Angebot nicht bezahlbaren Wohnraums ist einer der Gründe für die wachsenden sozialen Spannungen in der Gesellschaft.

Dabei ist es uns zu einfach, immer nur auf Renditeerwägungen privater Investoren, auf die Verteuerung von Baumaßnahmen oder die schwierige Lage auf dem Immobilienmarkt allgemein zu verweisen. Auch der Zuzug von Menschen nach Eschweiler und der steigende Bedarf für die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ausschließlich und isoliert als Hauptursache zu benennen, greift zu kurz und trägt wenig zur Problemlösung bei.

Wir sehen daher folgende Handlungsfelder auf kommunaler Ebene:

1. Schaffung bezahlbaren Wohnraums

Wir fordern die Unterstützung und Ermöglichung von kommunalem Engagement bezüglich des sozialen Wohnungsbaus und der Förderung genossenschaftlicher Modelle.

Die Stadt Eschweiler hat dafür nach unserer Meinung bereits eine Organisation geschaffen, das Immobilienmanagement der Stadt, welches als Eigenbetrieb oder Kapitalgesellschaft der Stadt Eschweiler hier eine entscheidende Rolle übernehmen könnte.

2. Barrierefreies Bauen

Nicht nur Seniorenwohnungen müssen für alle Menschen zugänglich sein, sondern alle Bauvorhaben im Eschweiler Stadtgebiet müssen auf ihre Barrierefreiheit überprüft werden.

3. Bauen in die Höhe und nicht mehr in die Breite

Bebauungspläne im Stadtgebiet und städtebauliche Verträge mit Bauinvestoren sollen priorisiert für Mehrfamilienhäuser im Hochhausbau genehmigt werden. Die Eschweiler Geschichte hat gezeigt, dass Bauen in die Höhe in früheren Zeiten selbstverständlich war.

Kinderfreundliches Eschweiler

Die Interessen und Rechte von Kindern müssen mehr Gewicht in der Eschweiler Politik erhalten. Mit weiteren Lippenbekenntnissen ist es nicht getan. Wir begrüßen daher Projekte wie das Jugendparlament und das Projekt KidS, aber das ist zu wenig.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene können für sich selbst sprechen. Wir müssen mehr zuhören und darüber hinaus wollen wir ihr Sprachrohr sein. Dies gilt gerade auch für Kinder mit Inklusionsbedarf.

Daher unterstützen wir:

1. Ausbau von Betreuungsangeboten

Wir fordern die Schaffung von mehr Kindergartenplätzen und Betreuungsangeboten an Ganztagschulen als Vorbedingung für ein auskömmliches Erwerbseinkommen.

2. Inklusion und Bildung

Wir treten ein für die Fortsetzung aller Fördermaßnahmen zur Erhöhung der Bildungschancen für alle Kinder, unabhängig von der sozialen Herkunft.

Maßnahmen zur Inklusion müssen gezielter eingesetzt werden. Inklusive Bauvorhaben wollen wir in städtischen Gebäuden vorantreiben.

Wir unterstützen die finanzielle Beteiligung der Stadt bezüglich Urlauben oder Ferienlagern auch für Kinder mit besonderem Bedarf und wollen eine Initiative „Stadtranderholung“ unterstützen.

3. Beteiligung von Kindern

Wir wollen die Einbeziehung von Kindern in kommunale Entscheidungen, die sie betreffen, unterstützen. Hierzu werden wir über die jeweiligen Schulleitungen Schulklassen oder interessierte Schüler zu Fraktionssitzungen einladen und deren Meinungen und Anregungen aufgreifen.

4. Förderung der Zusammenarbeit

Der Zusammenarbeit mit Trägern wie dem Kinderschutzbund und der AG Stadtjugendring Eschweiler, dem Ferienwerk Weisweiler, dem Ferienwerk Röhe und den Jugendabteilungen der Vereine fühlen wir uns verpflichtet und wollen diese durch gegenseitige Besuche und gemeinsame Initiativen vertiefen.

Kultur für alle

Das kulturelle Leben in Eschweiler ist vielfältig und vielfach geprägt durch ein reges Vereinsleben, besonders durch den Eschweiler Karneval. In den Vereinen sowie bei den kulturellen Leuchtturmprojekten wie dem EMF wünschen wir uns noch mehr Beteiligung von Eschweiler KünstlerInnen bzw. regionalen Kräften. Eine weitere Fokussierung auf die Kommerzialisierung von Veranstaltungen lehnen wir ab.

Es gibt zahlreiche hervorragende lokale Gruppen und Bands, denen mehr städtischer Proberaum zur Verfügung gestellt werden muss und die auch außerhalb der EMF-Kneipenrallye vor einem größeren Publikum in Erscheinung treten wollen.

Eschweiler bietet bereits heute zahlreiche Einrichtungen zum kulturellen Austausch verschiedenen Nationalitäten und Religionen. Darauf wollen wir verstärkt hinweisen und den Kontakt intensivieren.

Wir wollen den Talbahnhof Eschweiler als das Aushängeschild der Kunst- Musik- und Comedyszene unterstützen.

Im gemeinsamen Austausch mit Kulturschaffenden wollen wir speziellen Angebote für Senioren und Kulturangebote für Kinder vorschlagen. Ebenso setzen wir uns ein für Kulturangebote in einfacher Sprache oder in Gebärdensprache. Diese Absprache wollen wir auch mit dem Kunstverein Eschweiler und dem Geschichtsverein Eschweiler führen, um auch hier Angebote zu erarbeiten, die Kultur für alle Altersklassen und Menschen mit unterschiedlichen kognitiven Fähigkeiten erlebbar machen.